

ZUSAMMENFASSUNGEN

Sahil Deo, Christian Franz, Christopher Gandrud, Mark Hallerberg

Bankenrettungen in Deutschland – Föderalismus und die Entscheidungen, angeschlagene Banken zu stützen

Wir untersuchen Regierungsentscheidungen, die zu Bankenrettungen führen. Der Beitrag unseres Artikels liegt darin, zu untersuchen, wie die föderale Struktur eines Landes Entscheidungen über die Systemrelevanz einer Bank und damit die Wahrscheinlichkeit für eine Bankenrettung beeinflussen kann. In einem föderal organisierten Staat, bei dem alle Verantwortung über die Banken auf der obersten Regierungsebene liegt, wird es weniger systemisch relevante Institutionen geben. Sind dagegen auch niedrigere Regierungsebenen für Banken verantwortlich, werden vergleichsweise mehr Institute als systemrelevant eingestuft. Wir verwenden diesen Ansatz, um die umfangreichen Unterstützungsmaßnahmen in der Bundesrepublik Deutschland zu verstehen. Die Ergebnisse sind relevant für die Europäische Bankenunion.

Thomas König

Kanzler, Minister und Sachverständige. Eine Untersuchung der Bedeutung von Vertrauen für die Delegation von Reformen am Beispiel der Hartz-Reformen

Im Mittelpunkt des Beitrags steht die Frage, unter welchen Bedingungen sich die inhärenten Interessengegensätze von Kanzlern, Ministern und Experten überwinden lassen. Dem Modell von Fang und Stone (2013) folgend können Kanzler nur Vertrauen in die Reformempfehlungen von Experten aufbauen, wenn ein reformfreudiger Minister im Amt ist. Am Beispiel der Hartz-Reformen zeige ich, dass sich die Parteien dem Thema Reform der Arbeits- und Sozialsysteme in ihren Parteiprogrammen und Koalitionsvereinbarungen im Wahljahr 2002 kaum widmeten, aber der Sachverständigenrat seine Informationsübermittlungsstrategie nach dem Amtsantritt Wolfgang Clements im Jahresgutachten 2002/03 änderte. Seine deutlicheren Reformempfehlungen wurden von der Regierung in ihrem Jahreswirtschaftsbericht 2003 übernommen und die Hartz-Reformen bis 2005 umgesetzt.

Stefanie Walter

Austerität oder Abwertung? Warum Staaten unterschiedlich auf Zahlungsbilanzkrisen reagieren

Warum gelingt es einigen Staaten, Zahlungsbilanzkrisen erfolgreich durch Austerität und Strukturreformen zu bekämpfen, anderen Staaten jedoch nicht? Dieser Artikel argumentiert, dass die Globalisierung der Finanzmärkte die Verwundbarkeit der Wähler gegenüber einer Wechselkursabwertung in manchen Staaten stark erhöht hat. Diese verwundbaren Wähler sind daher eher bereit, schmerzhaft interne Anpassungsstrategien mitzutragen, um eine Abwertung des Wechselkurses zu verhindern. Wo diese Verwundbarkeit gering ist, ist eine solche Strategie jedoch politisch kaum umzusetzen. Eine vergleichende Fallstudie von

acht osteuropäischen Staaten zeigt, dass die Verwundbarkeitsprofile der dortigen Wählerschaften die sehr unterschiedlichen Reaktionen dieser Staaten auf die globale Finanzkrise 2008-10 erklären können.

Daniel Thieme / Antonius Liedhegener

„Linksaußen“, politische Mitte oder doch ganz anders? Die Positionierung der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) im parteipolitischen Spektrum der postsäkularen Gesellschaft

Jürgen Habermas' und José Casanovas Konzepte der wünschbaren politischen Rolle religiöser kollektiver Akteure in der politischen Debatte postsäkularer Gesellschaften zwingen die Politikwissenschaft dazu, die Frage nach der politischen Rolle auch der Kirchen neu zu stellen. Der vorliegende Beitrag untersucht erstmals den Korpus aller von 1990 bis 2010 erschienenen politikbezogenen Denkschriften der EKD mit inhaltsanalytischen Verfahren. Ausgehend von den Kategorien, Daten und Analysetechniken des *Comparative Manifesto Projects* werden die Denkschriften empirisch untersucht, um die politischen Positionen der EKD und ihre Verortung im Links-Rechts-Kontinuum zu bestimmen. Über alle Politikfelder hinweg betrachtet zeigen unsere Messungen eine EKD, die zwar nicht – wie manche ihrer Kritiker unterstellen – politisch „linksaußen“ zu verorten ist, deren Nähe zu SPD und B90/Die Grünen aber groß ist.

Kathrin Ackermann / Richard Traunmüller

Zur neuen Relevanz des sozialen Kontexts für das Wahlverhalten. Antwort auf die kritischen Anmerkungen von Franz Urban Pappi

Wir antworten auf die Kritik an unserem Artikel (Ackermann u. Traunmüller 2014) und argumentieren, dass Theorien über die abnehmende Bedeutung sozial-struktureller Merkmale für das Wahlverhalten fehlgeleitet sind. Stattdessen interessiert uns die gehaltvollere Frage, wie und unter welchen Bedingungen sie politisch wirksam werden. Diese Theorieperspektive öffnet den Blick für regionale und temporale Variation sozialer Einflussprozesse, welche gängigen Ansichten zum Cleavage-Voting widersprechen. Wir unterstützen unser Argument, indem wir demonstrieren, dass soziale Kontexte für das individuelle Wahlverhalten heutzutage wichtiger sind als noch vor Jahrzehnten. Abschließend diskutieren wir weiterführende Implikationen für soziale Kontextanalysen des Wahlverhaltens.

Christopher Daase / Nicole Deitelhoff

Jenseits der Anarchie: Widerstand und Herrschaft im internationalen System

Die „Anarchieproblematik“ der Internationalen Beziehungen ist dem gewichen, was wir als „Herrschaftsproblematik“ bezeichnen. Empirisch und normativ geht es zunehmend um die Frage: Wer *kann* und wer *darf* den Akteuren der internationalen Politik vorschreiben, wie sie sich zu verhalten haben? Herrschaftsbeziehungen im internationalen System sind weniger direkt und offensichtlich als im nationalen Rahmen. Sie sind nicht hierarchisch sondern heterarchisch. Deshalb können sie am besten über den Widerstand erfasst werden, den sie erzeugen und der sich als „Opposition“ im Rahmen etablierter Institutionen oder als „Dis-

sidenz“ durch unkonventionelle Mittel manifestiert. Mit dem Fokus auf Herrschaft und Widerstand werden die unterschiedlichen Ausprägungen von und Legitimitätskonflikte um institutionalisierte Über- und Unterordnungsverhältnisse zum Kern des Erkenntnisinteresses der Internationalen Beziehungen.

Michael Zürn

Jenseits der Anarchie: Autorität und Herrschaft in der Global Governance

Auf der Grundlage der herrschaftssoziologischen Theorietradition skizziert der Beitrag mit Blick auf die Internationalen Beziehungen eine Konzeption von Herrschaft und Autorität in der *Global Governance*, die sich gerade nicht über „Widerstand“, sondern vielmehr über die „freiwillige Befolgung“ (*deference*) erschließt. Da die entfaltete *logic of deference* auf epistemischen Grundlagen beruht, kann diese Konzeption auch eingeübte Formen von Herrschaft und Autorität erfassen und kritisieren, die aus dem Blick geraten, wenn man nur auf Widerstand schaut. Die insbesondere mit Blick auf *Global Governance* entwickelte Konzeption kann plakativ als „reflexive Autorität“ bezeichnet werden und ergibt sich aus der Diskussion von vier Begriffspaaren: Herrschaft und Autorität, einfache und reflexive Autorität, Autorität und Legitimation sowie politische und epistemische Autorität. Der Beitrag schließt mit illustrativen Hypothesen zur Entwicklung der reflexiven Autorität in den internationalen Beziehungen.